



Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Sorge blicken wir auf die Geschehnisse in der Ukraine. Durch die revolutionären Umbrüche ist die bisherige Regierung verdrängt, die neue aber ist noch nicht überall im Land handlungsfähig. Umso bitterer ist es, dass Russland als übermächtiger Nachbar der Ukraine diese Situation ausnutzt und territoriale Geländegewinne anstrebt, indem es völkerrechtswidrig die Krim besetzt und von der Ukraine abzuspalten versucht. Verhaltensmuster wie vor 100 Jahren, als sich die Staaten Europas aus machtpolitischen Kalkül und rein nationalen Interessen in einen Krieg hineinziehen ließen, sind der falsche Weg. Dies machte Bundeskanzlerin Angela Merkel in Ihrer gestrigen Regierungserklärung zum Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs zur Lage in der Ukraine ebenfalls deutlich.

Politische Lösung für die Ukraine

Wir werden alles tun, damit die Situation auf der Krim und der Ukraine als Ganzes auf politischen Wegen einer guten Lösung zugeführt wird. Dabei müssen wir besonnen vorgehen und weder den Menschen in der Ukraine unerfüllbare Versprechungen machen noch unsere eigenen Möglichkeiten überschätzen. Die Menschen in der Ukraine haben sich mutig und entschieden für einen proeuropäischen Kurs ihres Landes eingesetzt. Dies zeigt auch die Attraktivität unseres europäischen Modells und unserer westlichen Werte. Die milliardenschweren Hilfszusagen der Europäischen Union sind ein richtiges und ermutigendes Zeichen.

Darüber hinaus ist entscheidend, dass sich die Staaten der Europäischen Union auch in dieser Krise nicht auseinanderdividieren lassen. Nur so werden wir erreichen, dass die russische Machtpolitik auch künftig vor den Grenzen der EU halt macht. Jenseits dieser Grenzen, in Weißrussland, in der Ukraine oder auf dem Kaukasus sind Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und der friedliche Ausgleich von Interessen dagegen nach wie vor keine Selbstverständlichkeiten.

Wie grundlegend anders dagegen geht es im Europa der 28 zu. Auch angesichts manch eurokritischer Töne von Links und Rechts tun wir gut daran, uns die große Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses für jeden Einzelnen von uns und für die Völker im gemeinsamen Haus Europa vor Augen zu führen. Dass Kriege im Europa der 28 nicht mehr denkbar sind, ist kein Geschenk des Himmels, sondern Folge einer aktiven und umsichtigen Europapolitik. Für eine solche Politik stehen die Bundesregierung unter Angela Merkel und unsere Bundestagsfraktion.

Schuldenbremse einhalten

Der Bund will im nächsten Jahr erstmals seit 1969 ohne neue Schulden auskommen. Damit hätten wir endlich die Zeitenwende geschafft, auf die wir im Interesse unseres Landes so lange hingearbeitet haben. Insofern war der letzte Mittwoch, an dem das Kabinett den Haushaltsentwurf für 2014 und die Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2018 beschlossen hat, durchaus ein historisch bedeutsamer Tag für unser Land. Der Haushaltsentwurf für dieses Jahr muss wegen der Bundestagswahl im Herbst von der Bundesregierung erneut beschlossen und dem Deutschen Bundestag zu Beratung und Entscheidung vorgelegt werden.

Für 2014 plant die Regierung noch mit einer Nettokreditaufnahme von 6,5 Mrd. Euro, von denen allerdings 4,3 Mrd. Euro allein als letzte Rate zum Aufbau des Eigenkapitals beim Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) dienen. Wir halten die Vorgaben der Schuldenbremse deutlich ein und haben sogar einen kleinen Puffer. Strukturell ist in diesem Jahr sogar ein kleiner Überschuss möglich. Ab 2015 kommt der Bundeshaushalt völlig ohne neue Kredite aus. Wir werden im Zuge der parlamentarischen Beratungen alles tun, damit dieses Ziel erreicht werden kann.

Wachstumsmotor digitale Wirtschaft

Anlässlich der CeBIT diskutierte der Deutsche Bundestag am Donnerstag einen Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD zum Standort Deutschland in der digitalen Wirtschaft.

Die digitale Wirtschaft ist für Deutschland Wachstumsmotor und Innovationstreiber. Grundlage für Wachstum und Innovation durch neue intelligente Dienste und Anwendungen zum Beispiel im Bereich Industrie 4.0. sind leistungsfähige Breitbandnetze.

Mit dem vorgelegten Antrag stärken wir den Unternehmen in der Digitalisierung den Rücken. Ein Hauptaugenmerk ist dabei der lebendige Gründungsstandort Deutschland. Die „Neue Gründerzeit“ in Deutschland kann auf verfügbarem Gründungskapital aufbauen, braucht aber noch bessere Möglichkeiten für die Wachstumsphase, insbesondere für eine Internationalisierung des Geschäfts. Wir sprechen uns deshalb für ein Venture-Capital-Gesetz aus, um die Kapitalbedingungen in Deutschland weiter zu verbessern. Außerdem setzen wir auf sichere Kommunikation durch Verschlüsselung für Bürger und die Wirtschaft. Schon jetzt genießen deutsche Unternehmen einen guten Ruf im Bereich IT-Sicherheit.

Der Antrag setzt außerdem auf eine stärkere internationale Zusammenarbeit bei der Fortentwicklung technischer Standards und Normierungen für das Internet. Die Bundesregierung soll sich zukünftig stärker in den zuständigen Gremien und Organisationen engagieren und sich um die Ausrichtung eines Internet Governance Forums in Deutschland bewerben.

Kulturgut Buch stark machen

An diesem Donnerstag startete die Leipziger Buchmesse 2014. Neben der Frankfurter Buchmesse ist sie die wichtigste Fachmesse für den Buchmarkt in Deutschland. Der Buchmarkt steht im Zeitalter der Digitalisierung vor großen Umbrüchen. Aber er ist für die Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet. Das Kulturgut Buch ist quicklebendig - das zeigt die jährlich stattfindende Messe, aber vor allem das begleitende Lesefestival „Leipzig liest“: Nicht nur das Fachpublikum, auch viele Bürger und Besucher sind mit dabei.

Das Kulturgut Buch ist heute lebendiger denn je, denn es existiert in einer nie zuvor dagewesenen Vielfalt. Ob als gedrucktes Werk, als e-Book oder als Hörbuch - es ist eine große Errungenschaft, dass wir Literatur heute an viele Orte mitnehmen und zwischen verschiedenen Nutzungsformen wählen können. An diese neuen Leserealitäten müssen wir die Steuergesetzgebung anpassen: Gemeinsam mit Frankreich wird Deutschland sich in der Europäischen Union dafür starkmachen, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz auch auf e-Books angewendet wird.

Mit einem durchsetzungsstarken Urheberrecht wollen wir zudem das Kulturgut Buch für die Herausforderungen der Digitalisierung noch robuster machen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht zur Buchpreisbindung, die wir europarechtlich auch im Hinblick auf e-Books absichern wollen. Wir wollen erreichen, dass das Buch auch weiterhin ein lebendiges Kulturgut bleibt.

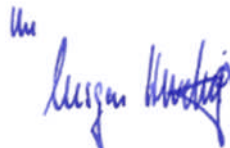
Wahl in wichtige Gremien bundesweiter Kulturpolitik

Erst kürzlich wurde ich zum Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Kultur und Medien bestimmt, nun bin ich vom Deutschen Bundestag nun auch zum Mitglied verschiedener wichtiger Gremien der nationalen Kulturpolitik gewählt worden:

Ab sofort bin ich ordentliches Mitglied des Kuratoriums des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, des Kuratoriums des Deutschen Historischen Museums in Berlin sowie des Verwaltungsrats der Deutschen Nationalbibliothek. Außerdem wurde ich zum stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Welle und des Kunstbeirats des Deutschen Bundestages ernannt.

Ich freue mich auf diese vielfältigen und spannenden Aufgaben in den verschiedenen Gremien bedeutender kultureller Institutionen unseres Landes.

Herzlichst,



Impressum:

Herausgeber:
Ansgar Heveling MdB
Wahlkreis 110
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,
Krefeld, Meerbusch

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 0 30 / 227 – 71 035
Fax: 0 30 / 227 – 76 235

ansgar.heveling@bundestag.de